



# Evangelischer Kirchenkreis Dinslaken

Der Superintendent

Ev. Kirchenkreis . Duisburger Straße 103 , 46535 Dinslaken

Pfarrer Friedhelm Waldhausen  
- Superintendent -

Telefon (02064) 41 45 12  
Telefax (02064) 41 45 15  
E-Mail: [superintendentur.dinslaken@ekir.de](mailto:superintendentur.dinslaken@ekir.de)  
[kirstententen@ekir.de](mailto:kirstententen@ekir.de)

An den  
Rat der Stadt Dinslaken  
Platz d`Agen 1  
46535 Dinslaken

25.07.2019

*E: 25.07.19/16*

Bürgerantrag nach § 24 GO NRW

Beschlussvorlage für den Rat der Stadt Dinslaken ( **10.10.2019** )

Der Rat der Stadt Dinslaken beschließt:

1. Die Stadt Dinslaken erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.
2. Die Stadt Dinslaken erklärt sich bereit, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, zusätzlich aufzunehmen. Der Bürgermeister wird diese Bereitschaft der Bundesregierung mitteilen und anbieten, sowie gegenüber der Bundesregierung dringlich machen, dass sie sich für einen gerechten Verteilungsschlüssel auf europäischer Ebene einsetzt und der Kriminalisierung der Seenotretter\*innen entgegen tritt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Klärung der möglichen Kosten pro Person herbeizuführen und die Voraussetzungen zu schaffen, um bei Bedarf kurzfristig die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme dieser Flüchtlinge bereitstellen zu können.

Die Beschlussvorlage steht im Zusammenhang mit den verschiedenen Aktionen der „Seebrücke“ und ganz besonders mit unseren eigenen Aktivitäten im Kirchenkreis.

Wir verweisen auf das Votum des Städtetages Nordrhein - Westfalen in seinem Schreiben v. 13.8.2018, wo es in Reaktion auf das Schreiben der drei Oberbürgermeister von Düsseldorf, Köln und Bonn v. 24.7.18 heißt: „ Die Bereitschaft zur Aufnahme von auf dem Mittelmeer in Seenot geratenen Flüchtlingen ist ein Akt der Humanität, die Lösung des Problems muss aber auf europäischer Ebene gefunden werden.“

Als Kirche sind uns besonders die Äußerungen des Präses unserer Ev. Kirche im Rheinland, Pfarrer Manfred Rekowski wichtig, der den Kommunen für ihr Engagement in diesem Zusammenhang am 27.7.18 dankte und selbst Mitte Juli 2018 nach Malta fuhr, um sich dort ein Bild von der Lage der Geflüchteten und der in ihrem Einsatz dort behinderten Seenotrettungsorganisationen zu machen. Dort stellte er fest: „ Die Pflicht zur Seenotrettung ist eine unbedingte Verpflichtung, unabhängig davon, ob die Notlage von den zu rettenden Personen selbst herbeigeführt wurde oder sie ohne

ihr Zutun hineingeraten sind.....Niemand soll ertrinken müssen." ( s. seine Presseerklärung vom 16.7.18).

Die Landesynode unserer rheinischen Kirche, die im Januar tagte, verurteilte die Kriminalisierung der Seenotrettung aufs Schärfste und schloss sich dem Bündnis „Seebrücke“ an.

Nach der Festnahme der Kapitänin der „Sea Watch 3“, Carola Rackete, sprach der Ratsvorsitzende der Ev. Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford - Stroh von einer „Schande für Europa“. Der Flüchtlingsbischof der katholischen Kirche Stefan Heße bezeichnete das Verhalten der italienischen Regierung als „unannehmbar“. Er fuhr fort: „Moralisches Handeln darf nicht staatlicherseits bedroht und unmöglich gemacht werden.“ Er forderte eine „grunderneuerte europäische Flüchtlings - und Migrationspolitik.“ Die Seenotrettung sei sicherlich nur ein Element einer humanen Flüchtlingspolitik, „aber sie ist unverzichtbar.“ Der Essener Bischof Franz -Josef Overbeck bewunderte den Mut von Carola Rackete und fügte hinzu: „Sie steht mit ihrem Handeln für die humanen und christlichen Werte Europas.“ ( s. Neues Ruhr- Wort v. 1.7.19 )

Zur Entwicklung der Seenotrettung im zentralen Mittelmeer:

U.A. aufgrund des großen Schiffsunglücks in der Nacht vom 2./3.Oktober 2013 mit je nach Zählung 366 bzw. 368 Toten vor der Insel Lampedusa wurde von der italienischen Regierung die Seenotrettungs - und Grenzschutzoperation MARE NOSTRUM gestartet, die in einem Jahr etwa 100.000 Menschen rettete. Da sich Italien nicht in der Lage sah, MARE NOSTRUM fortzuführen, übernahm 2014 die europäische Operation TRITON diese Aufgabe, war aber mit weniger Geld ausgestattet und operierte in einem viel kleinerem Gebiet des Mittelmeeres. Später legte die EU den Fokus stärker mit verschiedenen Operationen auf die Bekämpfung des Schlepperunwesens bis zuletzt die Operation SOPHIA durchgeführt wurde, die aber auf Druck Italiens im März 2019 eingestellt wurde, bzw. nur noch die Aufgabe der Beobachtung des Luftraums und problematischerweise die Aufgabe der Ausbildung der libyschen Küstenwache hat. ( s. Mediendienst Integration: „Wer birgt Geflüchtete im Mittelmeer?“ )

Da 2014 die Zahl der Toten auf dem Mittelmeer auf über 3.000 stieg, starteten die ersten NGOs wie u.a. „See watch“ und „Ärzte ohne Grenzen“ die private Seenoithilfe. Als 2016 die Zahl der Toten auf rund 4.500 anwuchs, kamen weitere Hilfsorganisationen dazu wie „Save the children“, „Boat Refugee Foundation“ ( Niederlande ), die spanische „Proactiva Open Arms“, sowie die deutschen Organisationen „SOS Mediterranee“, „Sea Eye“ und „Jugend Rettet“. Seit 2017 wurden sechs Schiffe beschlagnahmt und zwei gezwungen, im Hafen zu bleiben. In jenem Jahr führte die italienische Regierung einen Verhaltenskodex für NGOs ein, was dazu führte, dass sich die Zahl der NGOs, die Rettungsaktionen durchführten, massiv reduzierte. Gleichzeitig baute Libyen seine Küstenwache mit Hilfe von Italien und der EU aus, wobei man wissen muss, dass die libysche Küstenwache von Milizen gebildet wird und die Lage der Geflüchteten in Libyen mehr als katastrophal ist. Im Sommer 2018 sperrte Italien auf Anweisung von Innenminister Salvini ( Lega Nord ) die eigenen Häfen für NGO Rettungsschiffe ( Quelle: Mediendienst Integration: a.a.O.). Bekannt wurde die Kapitänin der „Iuventa“ Pia Klemp, deren Schiff im Sommer 2017 beschlagnahmt und gegen die und weitere Crewmitglieder Anzeige wegen Beihilfe zur illegalen Einreise erhoben wurde.

Im Mai 2019 wurde der Kapitän der LIFELINE zu einer Geldstrafe verurteilt, der 234 Menschen das Leben gerettet hat. Wie bekannt, fuhr Kapitänin Carola Rackete mit der „Sea Watch 3“ nach einer Rettung von 53 Menschen nach zweieinhalb Wochen des Wartens ohne Erlaubnis in den kleinen Hafen von Lampedusa -Stadt ein und wurde verhaftet. Die zuständige Friedensrichterin in Agrigent auf Sizilien Alessandra Vella ließ sie frei mit der Begründung, dass „ sie ihre Pflicht getan habe und die Menschen in den nächsten sicheren Hafen gebracht hat.“ ( s. *borderline-europe*, *Streiflicht Italien* Ausgabe Juni -Juli 2019, S. 2 ). Allerdings hat die Staatsanwaltschaft Berufung beim obersten Gericht in Rom, dem Kassationsgericht, eingelegt ( s. *Frankfurter Rundschau* v. 18.7.19 S. 7 oben ). Was vielleicht nicht so bekannt ist, ist, dass vor der Anlandung der „Sea Watch 3“ eine Gruppe von Menschen - darunter ein Priester, 10 Tage lang auf dem zentralen Platz von Lampedusa Stadt geschlafen haben, um ihre Solidarität mit der Kapitänin auszudrücken. Nach der Anlandung und ihrer Verhaftung, die mit vielen Anfeindungen verbunden war, fand noch am 29.6. eine große Demonstration auf dem Meer vor Neapel mit 10 Schiffen statt, um ihre Freilassung zu fordern. Einige Tage später gab es in Palermo auf Sizilien eine große Solidaritätsdemonstration, auf der der Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando sprach, der zuvor auch zum Ev. Kirchentag in Dortmund eingeladen worden war ( s. a.a.O. S. 2/3 ). Dass einige Tage später das unter italienischer Flagge fahrende Segelschiff „Alex“ in Lampedusa und die „Alan Kurdi“ auf Malta anlanden konnten, dürfte bekannt sein.

Eindrucksvoll für uns ist die Antwort im Interview mit dem „Spiegel“ von Carola Rackete auf die Frage: „Was würden sie ihm ( gemeint ist Innenminister Salvini) gern sagen, wenn Sie ihm gegenüberstünden?“ Antwort:„ Salvini ist niemand, dem ich begegnen möchte. Seine Politik verstößt gegen Menschenrechte. Seine Art, sich auszudrücken, ist respektlos, für einen Spitzenpolitiker ist das nicht angemessen.“ ( s. *Spiegel* Nr. 28 v. 6.7.19, S. 17 ).

2018 wurden rund 28.400 Menschen vor Libyen gerettet, davon wurden von der libyschen Küstenwache rund 15.200 Menschen wieder zwangsweise zurückgebracht ( 53,7% ), rund 11.600 kamen nach Italien ( 40,9% ), knapp 1.100 nach Spanien ( 3,8% ) und rund 450 Menschen nach Malta ( 1,6% ) ( s. *Spiegel* a.a.O. S. 12 ). Rund 45.650 Menschen versuchten im vergangenen Jahr auf allen Routen über das Mittelmeer zu gelangen, rund 2.300 sind dabei gestorben, also jede(r) 29. von Tausend. Im Jahr 2017 war es jede(r) 20. von Tausend. In diesem Jahr hat die libysche Küstenwache bis 28.6. knapp 3.500 Menschen aufgegriffen und in die Folterkammer Libyen zurückgebracht. Bis 19.6. kamen rund 3.400 Flüchtlinge nach Italien und Malta und rund 12.400 auf die griechischen Inseln ( gegenüber 12.500 im gleichen Zeitraum 2018 ). Auf der Ostroute im Mittelmeer ( Griechenland, Zypern ) gab es bis 19.6. 53 Tote. Auf allen Routen im Mittelmeer zusammen gab es in diesem Zeitraum 597 Tote, rund 47 Tote auf Tausend ( alle Informationen bei Mediendienst Integration a.a.O in den dort angegebenen „links“ ).Die Zahl der Toten hat sich laut IOM ( = International Organisation for Migration ) inzwischen auf 682 Tote erhöht ( s. *Frankfurter Rundschau* 13./14.7.19, S. 5, dort den Artikel „ UN fordern staatliche Rettungseinsätze für Flüchtlinge“).

Diese Situation macht deutlich, dass es nicht angeht, auf andere politische Ebenen zu verweisen, die etwas tun müssen, sondern dass wir alle gefordert sind im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Und ein Ratsbeschluss wie wir ihn hier dargestellt haben, ist eine solche Möglichkeit!

Und was tut die Kirche?

Wir halten es natürlich für gerechtfertigt, wenn eine solche Frage gestellt wird, denn wer etwas fordert, muss auch selbst etwas tun, sonst steht die Glaubwürdigkeit in Frage.

Wir wollen an dieser Stelle nicht so sehr auf die umfangreiche Flüchtlingsarbeit in unserem Kirchenkreis und den Gemeinden verweisen, die es seit 1993 gibt und somit eine lange Kontinuität hat. Das ist sicherlich das Eine. Das Andere ist aber insbesondere unser Engagement in Hinblick auf die europäische Flüchtlingspolitik.

Der Ev. Kirchenkreis Dinslaken hat eine Partnerschaft mit der griechischen NGO Lesvos Solidarity, die ihren Ausgangspunkt in einer Reise auf die Insel Lesbos im Oktober 2018 hat, als sich eine Delegation aus dem Kirchenkreis und dem Eine Welt Laden Dinslaken auf den Weg nach Griechenland machte ( s. den Bericht „Eine Reise an die Ränder der EU“ unter [www.eineweltladen-dinslaken.de/willkommen](http://www.eineweltladen-dinslaken.de/willkommen) ). Insbesondere erfuhren wir, dass Mitarbeitende dort nachts Anrufe von Menschen bekommen, die auf Schlauchbooten auf dem Weg zwischen der Türkei und den griechischen Inseln unterwegs sind und die unterzugehen drohen. Am nächsten Tag sind sie dann oft mit den Überlebenden der Bootskatastrophe aus der Nacht konfrontiert.

Im Mai diesen Jahres fand ein Gegenbesuch der Leiterin von Lesvos Solidarity Frau Efi Latsoudi in Dinslaken statt, im Rahmen ihrer von PRO ASYL geplanten Deutschlandreise. An der Abendveranstaltung am 13.5. nahmen auch einige Politiker\*innen der im Rat vertretenen Parteien teil und konnten sich selbst ein Bild machen. Im Zuge dieser Veranstaltung konnten 10.000,-€ für konkrete Zwecke der Arbeit von Lesvos Solidarity gesammelt werden.

Unsere konkrete Solidarität als Kirchenkreis besteht zum Einen in der finanziellen Unterstützung des Projektes „Mosaik“ in der Hauptstadt Mytilini, einer Art selbstorganisierter Volkshochschule für Geflüchtete, die in dem berüchtigten 11 km entfernten Hotspot Moria ihr Leben fristen müssen. Und zum Anderen planen wir, mit einer Gruppe aus dem Gemeinden die NGO auf Lesbos zu besuchen, denn der menschliche Austausch ist uns auch wichtig.

Zum „Mosaik“ gehört u.a. auch das sogenannte „Taschenprojekt“, das „Save passage“ Projekt, wie es sich selbst nennt. Einheimische und Geflüchtete haben dort feste Arbeitsplätze und produzieren aus Rettungswesten, die bei der Überfahrt aus der Türkei zur Insel Lesbos benutzt und am Strand liegengelassen wurden, Taschen in allen Größen und Farben. Der Eine Welt Laden Dinslaken vertreibt diese Taschen. Wir begrüßen diesen Einsatz des Eine Welt Laden ausdrücklich. Das Diakonische Werk Dinslaken hat ein Kontingent dieser Taschen übernommen, um sie an Mitarbeitende und andere Menschen zu verkaufen. Fairer Handel kann auch mit einer Flüchtlings NGO aus Europa stattfinden!

Vor diesem Hintergrund würden wir es sehr begrüßen, wenn Sie als Rat der Stadt Dinslaken unserer Anregung folgen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Friedhelm Waldhausen  
- Superintendent -



Alexandra Schwedtmann  
- Geschäftsführerin Diakonisches Werk -



# Evangelischer Kirchenkreis Dinslaken

## Der Superintendent

Ev. Kirchenkreis, Duisburger Straße 103 46535 Dinslaken

Pfarrer Friedhelm Waldhausen  
- Superintendent -

An den  
Rat der Stadt Dinslaken  
Platz d'Agen 1

Telefon (02064) 41 45 12  
Telefax (02064) 41 45 15  
E-Mail: [friedhelm.waldhausen@ekir.de](mailto:friedhelm.waldhausen@ekir.de)  
[kirsten.tenten@ekir.de](mailto:kirsten.tenten@ekir.de)

46535 Dinslaken

24.09.2019

E. 26.09.1946

### Ergänzung zum Bürgerantrag nach § 24 GO NRW

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Dinslaken,

ergänzend zum o.a. Bürgerantrag bitten wir in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, bei Punkt 2, Satz 1,, '... bis zu 50 Flüchtlingen' zusätzlich aufzunehmen", zu ergänzen.

Herzlichen Dank und

mit freundlichen Grüßen

Pfr. Friedhelm Waldhausen  
- Superintendent -